

«Es droht eine Entsolidarisierung»

Der oberste Versicherer, Urs Berger, über neue Technologien und das Verhältnis zur Finma

Von Christoph Hirter

BaZ: Herr Berger, Sie sind seit 2011 Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbands und treten nun Ende Juni zurück. Wie geht es der Branche heute?

Urs Berger: Die Versicherungswirtschaft zählt zu den wachstumsstärksten Branchen. In den letzten 25 Jahren sind die Versicherer mehr als doppelt so stark gewachsen wie die Banken. Heute erwirtschaften wir fast die Hälfte der Wertschöpfung des Schweizer Finanzplatzes.

Was haben die Versicherungen den Banken voraus?

Die Finanzkrise im Jahr 2008 hat viele Businessmodelle der Banken relativiert. Hingegen sind die Versicherer, allen voran die Lebensversicherer, stetig gewachsen. In den letzten Jahren gab es aber eine Trendwende. Während es für die Lebensversicherer immer schwieriger wurde, wuchsen die Schadenversicherungen, wie Haftpflicht- und Motorfahrzeug-, mit dem Bruttoinlandprodukt.

Insgesamt zeichnen Sie ein positives Bild der Versicherungslandschaft, mit Ausnahme der Lebensversicherer. Was ist deren Problem?

Die Lebensversicherer sind Opfer der aktuellen Umstände. Einerseits machen ihnen die tiefen Zinsen auf den Finanzmärkten zu schaffen, andererseits die Zinsgarantien und weitere Auflagen, die die Politik vorschreibt. Hinzu kommen die starken Eingriffe durch die Regulierung.

Versicherer klagen oft über die Last der Regulierung. Gibt es in diesem Umfeld noch ausreichend Freiraum?

Ja. Es ist nicht so, dass das ganze Unternehmertum blockiert wäre. Wir haben immer noch Möglichkeiten, unsere Produkte zu gestalten. Wir sind auch frei bei den Marketing- und Vertriebsstrategien und wir sind frei bei der Wahl der rechtlichen Unternehmensformen. Doch untereinander stehen wir in einem harten Wettbewerb. Wenn Versicherungen heute wachsen, dann vor allem durch Verdrängung der Konkurrenz in einem gesättigten Markt. In diesem Umfeld muss man unternehmerisch agieren.

Wo liegt dann die Krux mit der Regulierung?

Die Branche wird immer stärker reguliert. Die Regulierungen kommen aber nicht nur von der Verwaltung in Bern, sie kommen auch von der Finanzmarktaufsicht Finma. Hinzu kommt, dass der Konsumentenschutz immer ausgeprägter wird. Das Problem ist, dass man fortlaufend neue Gesetze und Vorschriften einführt, aber keine alten, überholten abschafft.

Können Sie ein Gesetz nennen, auf das man getrost verzichten könnte?

Typische Beispiele in jüngster Zeit sind das Finanzdienstleistungsgesetz Fidleg und das Finanzinstitutsgesetz Finig. Hier werden neue Gesetze vorgeschlagen, obwohl man bei Bedarf die bestehenden Versicherungsgesetze anpassen kann. Bei jedem Gesetz kämpfen wir für Verbesserungen.

Das Gesicht der Schweizer Versicherer

Basel. Urs Berger (1951) hat das Versicherungsgeschäft von der Pike auf gelernt. Er studierte an der Hochschule St. Gallen acht Semester Ökonomie mit Vertiefung in Versicherung und Risk Management. Von 1981 bis 1993 war er bei der Zürich Versicherung tätig. Danach wechselte er zur Basler Versicherung und wurde 1999 Vorsitzender der Geschäftsleitung Schweiz sowie Mitglied der Konzernleitung. 2003 wechselte er als CEO zur Mobiliar. Ende Mai 2011 gab Berger seine Tätigkeit als CEO ab und präsidiert seither den Verwaltungsrat. Ausserdem ist er seit 2011 Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbands (SVV). Urs Berger wohnt in Therwil, ist verheiratet und Vater dreier Kinder. hic



«Ich habe viele Schadenfälle gesehen.» Urs Berger, Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbands und CEO der Mobiliar. Foto Keystone

besserungen. Etwa beim Versicherungsvertragsgesetz, das über hundert Jahre alt ist und bei dem viele Paragrafen nicht mehr auf dem neusten Stand sind, etwa bei elektronischen Unterschriften. Solche Gesetze werden nicht generalüberholt und dann auch entschlackt, sondern ständig mit Ergänzungen versehen. Das ist ein Problem.

Haben die Regulatoren einen falschen Pfad eingeschlagen?

So generell kann ich das nicht bestätigen. Eine Errungenschaft der letzten Zeit ist sicher der Swiss Solvency Test, der mit einem ausgeklügelten, komplexen Modell die Kapitalanforderungen der Versicherungen definiert. Wir hatten die Möglichkeit, uns dabei einzubringen. Ein anderes Bild zeigt sich bei den Kapitalanforderungen, die in der Schweiz höher sind als in der EU. Schweizer Versicherer, die in Europa tätig sind, leiden darunter. In diesem Bereich diskutieren wir intensiv mit der Finma.

Stossen Sie bei der Finma auf offene Ohren oder wird über Ihren Kopf hinweg entschieden?

Wir erleben beides. Einerseits werden wir wahrgenommen, wir haben Dis-

kussionen und gemeinsame Projekte. Auf der anderen Seite werden wir durch Wegleitungen, die uns neue Regeln vorschreiben, von der Finma manchmal überrascht.

Im Vergleich zum Ausland ist der Wettbewerb unter Schweizer Versicherern nicht stark ausgeprägt. Warum nicht?

Das stimmt so nicht. In der Schweiz gibt es einen starken Konkurrenzkampf. Doch wir haben hierzulande strenge Kapitalvorschriften, die finanziert werden müssen. Da können wir nicht die gleich billigen Prämien anbieten wie etwa in Deutschland. In der Schweiz wollen wir immer ein bisschen mehr Qualität, Sicherheit und Konsumentenschutz. Das spürt man bei den Preisen.

Die Versicherungswelt ist im Wandel. Solidarität ist eigentlich der Grundgedanke der Versicherung, doch die Produkte werden immer individueller. Beispielsweise gibt es Autoversicherungen, die ans individuelle Fahrverhalten geknüpft sind. Hat das Solidaritätsprinzip bald ausgedient?

Es gibt verschiedene Tendenzen. Mit dem Fahrtenschreiber im Auto oder mit Fitnessarmbändern können die Kunden dem Versicherer beweisen,

wie sicher sie Auto fahren oder wie gesund sie leben. Damit versuchen sie sich eine bessere Prämie auszuhandeln. Die Kunden sind heute nicht mehr bereit, für andere, die weniger risikobewusst sind, Prämien mitzubehalten. Es droht eine Entsolidarisierung.

Und wo sehen Sie den Gegentrend?

Auf der anderen Seite gibt es starke Tendenzen zur Sharing Economy, also zum Teilen. Heute werden Autos, Wohnungen und Haushaltsgeräte geteilt. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist Airbnb. Das stellt einen klaren Gegentrend zur Individualisierung dar. Mit der Sharing Economy kommt ein spannendes Thema auf uns zu. Die Kunden möchten nur noch einen unmittelbaren Versicherungsschutz, sie wollen nur noch dann für eine Motorhaftpflicht bezahlen, wenn sie tatsächlich Auto fahren. Die Versicherer müssen kurzfristige Produkte anbieten, etwa eine Motorhaftpflicht für bloss einen Tag.

Dank den neuen Technologien sind die Kunden immer besser informiert. Dieses Wissen könnten sie auch gegen die Interessen der Versicherungen einsetzen. Wie reagiert die Branche darauf?

Versicherungen dürften hier ähnliche Probleme haben wie Ärzte. Patienten lesen vor dem Arztbesuch im Internet schon alles über ihre Symptome und haben eine vorgefasste Meinung. Der Arzt kann das bestätigen oder muss dem Patienten vorsichtig beibringen, dass er die Situation anders sieht. Bei den Versicherungen ist das vergleichbar. Durch die neuen Technologien sind die Kunden zwar sehr gut informiert, aber ob sie die richtigen Schlüsse daraus ziehen, ist fraglich. Ich glaube, dass Versicherungen hier immer noch einen Wissensvorsprung haben, sie können die Daten besser interpretieren.

«Wir haben strenge Kapitalvorschriften, die finanziert werden müssen.»

Mit dem Besitz von grossen Datenmengen ist auch eine grosse Verantwortung verbunden. Wie gehen die Versicherer damit um?

Bei der Mobiliar beispielsweise untersuchen wir zusammen mit der ETH Zürich die Möglichkeiten der Datenanalyse. Die Auswertung kennt allerdings eine ethische Grenze, welche Daten man überhaupt verwenden darf.

Wo liegt die ethische Grenze?

So genau kann ich das noch nicht sagen. Diese Fragen gilt es im Zeitalter von Big Data generell zu klären. Aber etwa medizinische Daten, die Krankheitsbilder von Menschen zeigen, gehen uns Versicherer nichts an.

Hält sich die ganze Branche daran oder muss jede Versicherung selber entscheiden, wo die rote Linie liegt?

Das Datenschutzgesetz sowie allgemeine Richtlinien regeln, wie man etwa mit medizinischen Daten oder Schadendaten umzugehen hat. Darüber hinaus müssen die Versicherer die Grenzen selber definieren. Es ist beispielsweise nicht verboten, mit digitalen Technologien Menschen zu verfolgen und so Bewegungsprofile zu erstellen. Meiner Meinung nach geht das aber sehr weit.

Sie sagten jüngst in einem Interview, dass Sie übertversichert seien. Eine erstaunliche Aussage für den obersten Schweizer Versicherer.

Ich habe damals die Antwort wohl etwas salopp formuliert. Aber da ich sehr viele Schadenfälle und ihre Auswirkungen gesehen habe und weiss, was alles passieren kann, bin ich sehr gut versichert. Das ist wohl eine Déformation professionnelle.

Urs Berger spricht heute Abend ab 18.15 Uhr auf Einladung der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in der Aula der Universität (Petersplatz 1) zum Thema «Kämpfen die Versicherer in der heutigen Zeit der Entsolidarisierung auf verlorenem Posten?»

Sparprogramm soll Griechen Hilfe sichern

Neue Massnahmen sollen ab 2019 in Kraft treten

Athen. Der griechische Finanzminister Euklid Tsakalotos hat dem Parlament am späten Samstagabend ein neues hartes Sparprogramm vorgelegt. Die Billigung der neuen Sparmassnahmen ist Voraussetzung für weitere Hilfen seitens der Gläubiger des Landes. Das Spar- und Reformpaket habe ein Volumen von bis zu 4,9 Milliarden Euro, berichtete die griechische Finanzpresse gestern nach einer ersten Lesung. Griechenland braucht im Juli mehr als sieben Milliarden Euro, um nicht pleitezugehen. Die Sparmassnahmen sollen stufenweise von 2019 an in Kraft treten.

Betroffen von den neuen Einsparungen sind hauptsächlich die Rentner und die Mittelschicht. Ab 2019 sollen die Renten um bis zu 18 Prozent gekürzt werden. Ab 2020 soll der jährliche Steuerfreibetrag von 8636 Euro auf 5700 Euro gesenkt werden. Die Gewerkschaften kündigten umfangreiche Streiks an. Das Parlament soll das Sparprogramm am späten Donnerstagabend billigen. Für Regierungschef Alexis Tsipras gilt die Billigung als weitere Kraftprobe. Er hat nur eine knappe Mehrheit im Parlament.

Prognose gesenkt

Gleichzeitig mit dem neuen Sparprogramm erfolgte die jüngste Prognose für das Wirtschaftswachstum Griechenlands. Dies wurde markant gesenkt. Grund seien Unsicherheiten durch Verzögerungen beim Abschluss der jüngsten Überprüfung der von den internationalen Geldgebern geforderten Reformen, wie aus einem mittelfristigen Etatplan hervorgeht, der am Samstagabend veröffentlicht wurde.

Das krisengeschüttelte Land rechnet nur noch mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung um 1,8 Prozent. Zuvor war Athen von 2,7 Prozent ausgegangen. Die EU-Kommission hatte am Donnerstag ihre Prognose für Griechenland auf 2,1 von zuvor 2,7 Prozent nach unten revidiert und dies mit der Entwicklung der griechischen Wirtschaft Ende 2016 sowie der Unsicherheit rund um das Reformpaket begründet.

Im Sommer 2018 endet das dritte, bis zu 86 Milliarden Euro schwere Hilfsprogramm der Euro-Geldgeber. Dann wollen die Euro-Staaten entscheiden, ob sie dem Land weitere Schuldenerleichterungen gewähren. SDA

Diese Woche

15.05. Montag

- > IWB präsentieren Zahlen für 2016
- > EY legt eine Analyse der Bilanzen der 21 grössten Pharmafirmen vor
- > Das Bundesamt für Statistik mit Produzenten- und Importpreisen für April
- > Biotech und Digitalization Day in Allschwil mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann
- > Europa Forum Luzern mit Bundesrat Alain Berset

16.05. Dienstag

- > Sonoma mit Geschäftszahlen 2016/17
- > SBB und Post lancieren digitale Identität für Privatpersonen
- > Bundesamt für Statistik mit Parahotelleriestatistik für 2016
- > Generalversammlung von Evolva

17.05. Mittwoch

- > Fenaco mit Geschäftszahlen 2016
- > Swisscanto präsentiert Studie über die Situation der Pensionskassen
- > Entwicklerkonferenz von Google

18.05. Donnerstag

- > Ausserordentliche Generalversammlung der Credit Suisse zur geplanten Kapitalerhöhung
- > Züblin mit Geschäftszahlen 2016/17

19.05. Freitag

- > Der Hafen Birsfelden feiert sein 75-Jahre-Jubiläum

20.05. Samstag

- > Die Bank Coop wird offiziell zur Bank Cler